

Nulltoleranz für Pestizide im Trinkwasser? «Keine Hektik»!

Ein unveröffentlichtes Schreiben zeigt, wie der Bund das «wahrscheinlich krebserregende» Chlorothalonil in den Griff kriegen will – mit «verhältnismässigen» Massnahmen.



Abwarten und Wasser trinken: Laut dem Bund bleibt das unproblematisch. Foto: Plainpicture

Es gilt als «wahrscheinlich krebserregend». Besonders eilig im Kampf gegen das Pestizid Chlorothalonil scheinen es die Experten von Bundesrat **Alain Berset** (SP) gleichwohl nicht zu haben. Diesen Sommer wird das federführende Bundesamt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen (BLV) eine «erste Bilanz ziehen», schreibt Vizedirektor Michael Beer in einer E-Mail, die uns vorliegt. Sie datiert vom Donnerstag und richtet sich an die Hüter über das Trinkwasser: die Kantonschemiker, den Schweizerischen Brunnenmeister-Verband und den Schweizerischen Verein des Gas- und Wasserfaches (SVGW).

Im letzten Herbst zeigte eine Studie der Kantonschemiker: 170'000 Menschen in der Schweiz tranken während mindestens mehrerer Wochen Hahnenwasser, in dem Abbaustoffe von Chlorothalonil, sogenannte Metaboliten, den gesetzlichen Grenzwert von 0,1 Mikrogramm pro Liter überschritten hatten. Daraufhin entschied der Bund im Dezember, neu sämtliche Metaboliten des Pestizids als relevant zu bewerten und somit dem Grenzwert zu unterstellen. Damit dürfte die Zahl betroffener Menschen gemäss Experten deutlich höher sein. Allein im Kanton Solothurn sind es nun 160'000, wie diese Woche bekannt wurde.

Keine «unmittelbare Gesundheitsgefährdung»

Noch im Dezember hatte Berset im Parlament versichert, der Schutz der Konsumenten vor krebserregenden Stoffen sei zentral, für diese Stoffe gelte eine Nulltoleranz. Warum es trotzdem nicht sonderlich zu pressieren scheint, macht nun das Schreiben seiner Experten deutlich. Im Dezember hat der Bund verfügt, die Zulassung von Chlorothalonil zu widerrufen. Seither ist es verboten, den Wirkstoff zu verkaufen, seit dem 1. Januar, ihn zu verwenden.

Das Verbot, macht das BLV nun klar, werde zu einem Rückgang der Konzentrationen der verbotenen Stoffe im Grundwasser führen. Weiter hält das BLV fest, «eine

Stefan Häne
Redaktor Politik
@stefan_haene

Artikel zum Thema

Schweiz verbietet Chlorothalonil per sofort



Weil es das Trinkwasser gefährden könnte, darf das Pflanzenschutzmittel nicht mehr eingesetzt werden. [Mehr...](#)

12.12.2019

Trinkwasser in zwei Zürcher Gemeinden verschmutzt

Fäkalien gelangten ins Reservoir in Mettmenstetten. Das muss die Bevölkerung nun beachten. [Mehr...](#)

11.10.2019

So wollen die Bauern weniger Pestizide sprühen

Chemikalien im Trinkwasser setzen Landwirte unter Druck, weniger Pflanzenschutzmittel einzusetzen. Jetzt startet ein Pilotprojekt – mit teuren Hightech-Geräten. [Mehr...](#)

ABO+ Philipp Lenherr. 20.09.2019

unmittelbare Gesundheitsgefährdung» bestehe nicht, die Bevölkerung könne Trinkwasser weiterhin konsumieren.

Handlungsbedarf sieht das BLV gleichwohl. Das Bundesamt verlangt Massnahmen, um «Verunreinigungen» durch Pflanzenschutzmittel und deren Abbaustoffe zu minimieren, doch müssten diese verhältnismässig sein. Vergleichsweise einfach ist es, belastetes mit unbelastetem Wasser zu mischen oder eine unbelastete Quelle zu nutzen, sofern die Möglichkeiten dazu vorhanden sind.

Diese Massnahmen müssen die Wasserversorger gemäss einer Weisung des BLV innerhalb eines Monats «ab Beanstandung» umsetzen. Weiterreichende und kostspieligere innerhalb zweier Jahre, etwa den Einbau zusätzlicher Filter, grössere Verbindungsleitungen oder neue Fassungsanlagen. Experten beziffern die Kosten für diese Anpassungen an der Infrastruktur landesweit auf mehrere Hundert Millionen Franken, die Betriebskosten nicht einberechnet.

«Ausbaden muss das Problem wie immer die Bevölkerung.»

Franziska Herren, Promotorin der Trinkwasserinitiative

Die Strategie des BLV ist umstritten. «Das Schreiben zeigt deutlich auf, dass nur eine pestizidfreie Landwirtschaft die Problematik lösen kann», sagt Franziska Herren, Promotorin der Trinkwasserinitiative, jenes Volksbegehrens, das nur noch jenen Bauern Direktzahlungen gewähren will, die auf Pestizide verzichten. Die Behörden würden gegen die eigenen Gesetze verstossen, sie stünden hilflos einem Problem gegenüber, das sie selber verursacht hätten. «Ausbaden muss es wie immer die Bevölkerung, die einen hohen Preis dafür zahlt: mit ihrer Gesundheit und dem Verlust von sauberem Trinkwasser.»

Anders tönt es dagegen in Fachkreisen. «Es ist keine Hektik angesagt», sagt Kurt Seiler, Leiter des Interkantonalen Labors. Dies umso mehr, als es zu früh sei, um Pflöcke einzuschlagen. «Dazu wissen wir im Moment noch nicht genug», sagt der Chemiker. Da der Bund erst im Dezember alle Metaboliten für relevant erklärt hat, haben die Laboratorien erst gerade begonnen, diese neuen Stoffe zu untersuchen.

«Jetzt müssen wir uns zuerst einen Überblick über die momentane Situation verschaffen», sagt Seiler. Dann gelte es zu klären, welche Massnahmen auf die Schnelle möglich seien und welche mehr Zeit in Anspruch nähmen. Gefordert seien insbesondere die Wasserversorgungen.

Neuer Stoff in höheren Konzentrationen

Bereits als gesichert gilt laut Seiler Folgendes: Der neu unter den Grenzwert fallende Metabolit R471 811 kommt in deutlich höheren Konzentrationen vor als R417 888, der letztes Jahr in aller Munde war. Die bislang vorliegenden Resultate würden die Befunde der Eidgenössischen Wasseranstalt Eawag bestätigen. In den meisten Fällen dürfte es laut Seiler nicht mehr möglich sein, das Problem mit Wasserverdünnen zu lösen. Zudem ist die Zahl der betroffenen Wasserversorgungen gewachsen: «Es gibt wohl kaum eine Wasserversorgung in landwirtschaftlich intensiv bewirtschafteten Regionen, die nicht betroffen ist.»

Es gelte daher, Lösungen zu finden, die das Grund- respektive Trinkwasser nachhaltig schützen, so Seiler. Mögliche Ansätze: Zuströmbereiche ausscheiden oder Vorkommen ausserhalb von landwirtschaftlich intensiv bewirtschafteten Regionen zu erschliessen.

«Das Vorgehen des Bundes ist pragmatisch und sinnvoll.»

Auch die Hüter über das Trinkwasser im SVGW plädieren dafür, Augenmass zu bewahren. «Das Vorgehen des BLV ist pragmatisch und sinnvoll», sagt André Olschewski. Es gebe allen Beteiligten Zeit, nachhaltige Lösungen vorzuschlagen, die auch mit Blick auf den späteren Vollzug verhältnismässig seien.

Das BLV wird im Sommer die Lage neu analysieren und die Weisung, die es letztes Jahr erlassen hat, unter Umständen anpassen, wie aus dem Schreiben hervorgeht. «Die Wasserversorger», sagt Olschewski, «haben nun die Chance zu zeigen, dass sie sich um zukunftsgerichtete Lösungen bemühen.» Die Bevölkerung habe zu Recht enorm hohe Ansprüche an die Trinkwasserqualität. «Wir alle wollen möglichst sauberes Trinkwasser.»

Erstellt: 31.01.2020, 13:27 Uhr

Ist dieser Artikel lesenswert?

Ja

Nein